



STELLUNGNAHME zur Anfrage FW Für Karlsruhe-Gemeinderatsfraktion	Vorlage Nr.: Verantwortlich:	2019/1300 Dez. 1
365 Euro ÖPNV Jahresticket		

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	21.01.2020	35	x	

Aufgrund der Vielzahl von Anfragen und Anträgen zu kostenlosem bzw. vergünstigtem ÖPNV wurde folgende Vorgehensweise festgelegt:

1. Zunächst erfolgt in den fachlich zuständigen Aufsichtsräten (VBK, AVG, KVV) eine Diskussion über die Auswirkungen der Einführung eines vergünstigten ÖPNV auf die jeweilige Gesellschaft sowie auf die Stadt insgesamt. Hierbei können die Gesellschaften ihre Expertise in die Diskussion einbringen.
2. Im Anschluss daran wird die Verwaltung die Erkenntnisse aus diesen Diskussionen zusammen mit den zuständigen Gesellschaften in einer Informationsvorlage zusammenfassen, über die im Gemeinderat voraussichtlich im Frühjahr diskutiert werden kann.
3. Da ein kostenloser bzw. vergünstigter ÖPNV starke Auswirkungen auf die notwendigen Verlustausgleiche der Stadt Karlsruhe an den KVVH-Verbund (Querverbund) hat, sollten entsprechende Anträge im Rahmen der Haushaltsberatung zum Doppelhaushalt 2021/2022 im Sommer/Herbst 2020 eingebracht und erörtert werden.

In der Informationsvorlage für die GR-Diskussion wird auch eine grobe Abschätzung der finanziellen Auswirkungen der Einführung eines 365-Euro-Tickets auf die Stadt Karlsruhe erfolgen und das Tarifmodell „home-zone“ näher erläutert.

Eine Untersuchung der Firma Civity im Auftrag des KVV hatte im Jahr 2018 ergeben, dass die Einführung eines 365-Euro-Tickets auf Ebene des KVV zu Einnahmeausfällen in Höhe von ca. 26 Mio. Euro führen würde (ca. 18 % der Gesamteinnahmen). Zugleich würde die Nachfrage nur um ca. 1,6 % steigen. Der genaue Anteil der Stadt Karlsruhe an diesen Einnahmeverlusten kann jedoch derzeit nicht sicher abgeschätzt werden, da hierfür die Datengrundlage fehlt. Insgesamt steht die Verwaltung der Einführung eines 365-Euro-Tickets kritisch gegenüber, da dieses hohe Kosten verursacht, jedoch nur geringe Nachfragesteigerungen erbringt. Aus Sicht der Verwaltung sollte der Fokus eher im Bereich der Angebotsverbesserungen im ÖPNV liegen. Zuletzt hatte auch die Stadt Mannheim (Modellstadt Mannheim) festgestellt, dass Angebotsverbesserungen zu einem deutlich höheren Fahrgastzuwachs führen als reine Tarifabsenkungen.